

# Neues Schlesisches Tagblatt

Unabhängige Tageszeitung.

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle, Bielitz, Pilsudskiego 13, Tel. 1029. Geschäftsstelle: Katowitz, ul. Mlynsta 45-3. Erscheinungsweise: täglich morgens. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises. Bankkonto: Schlesische Escomptobank, Bielitz. Bezugspreis: ohne Zustellung Zl. 4.— monatl., (mit illustrierter Sonntags-

beilage „Die Welt am Sonntag“ Zl. 5.50), mit portofreier Zustellung Zl. 4.50, (mit illust. Sonntagsbeilage Zl. 6.—). Anzeigenpreis: im Anzeigenteil die 8 mal gespaltene Millimeterzeile 16 Groschen, im Reklameteil die 6 mal gespaltene Millimeterzeile 32 Groschen. (Bei Wiederholung Rabatt).

2. Jahrgang.

Dienstag, den 19. März 1929.

Nr. 76.

## Die Lösung der Entschädigungsfragen nach englischen Ansichten.

London, 18. März. Die zuverlässigere Beurteilung der Verhandlungen der Sachverständigen in Paris datiert nach übereinstimmenden englischen Berichten seit der Rückkehr Dr. Schachts aus Berlin. Die deutsche Abordnung ist, wie Pettinag im „Daily Telegraph“ berichtet, bisher nicht zu bestimmen gewesen, irgend eine bestimmte Zahl, wie sie verschiedentlich in der französischen Presse genannt wurde, anzugeben. Dr. Schacht vertrete seit seiner Rückkehr aus Berlin gemäßigtere Ansichten, so daß er z. B. nicht, wie bisher, darauf besteht, daß die deutschen Verpflichtungen auf höchstens 37 Jahre Laufzeit begrenzt werden müßten. Die deutsche Abordnung wird jedoch auch weiterhin zweifellos in dieser Frage sehr stark kämpfen.

Die von der französischen Abordnung gegenüber den Amerikanern vorgebrachten Forderungen umschreibt Pettinag wie folgt:

1. Frankreich müsse neben den für die Durchführung seiner Schuldenverpflichtungen an England und Amerika notwendigen Summe einen Betrag von nicht weniger als 15 Milliarden Franken erhalten, der auch nicht durch spätere Diskontsätze verringert werden dürfe.

2. Der Teil der deutschen Jahreslösungen, der auf die Erbschaftssteuer entfällt, soll eine Art Vergütung erhalten, insofern als er erst nach einer Befriedigung der überschüssigen deutschen Zahlungen für die Abtragung der internationalen Schulden verwendet werden soll.

Diese Forderung habe, wie Pettinag weiter berichtet, zur Folge gehabt, daß man auf die britische Abordnung einen Druck ausüben versuche, 3 800 000 000 Mark ihrer Forderungen, die rückständigen Zahlungsverpflichtungen im Sinne der Balfour-Note darstellten, aufzugeben. Bei einer 5-prozentigen Verzinsung während 37 Jahren würde diese Summe einer Jahresrate von 240 Milliarden Mark gleichkommen. Da die Alliierten anscheinend an einer Jahresrate von 2 Milliarden festhalten, würde nach dieser Entscheidung die an sich allerdings kleine Verringerung ausschließlich auf britische Kosten gehen.

In einem Pariser Bericht der „Times“ wird gleichfalls darauf hingewiesen, daß sich die Dinge nach der Rückkehr Dr. Schachts günstiger entwickelten. Der schwierige erste Verhandlungsabschnitt näherte sich seinem Ende. Der in der vorigen Woche veröffentlichte Plan werde in dem „Times“-Bericht weitgehend bestätigt und ergänzt, sodaß bei den zuverlässigen Stellen, über die die „Times“ in allen Tributfragen verfügt, an seiner Richtigkeit nicht zu zweifeln ist.

Danach läuft die gesamte Frist der Jahresraten 58 Jahre. Die Zahlungen sollen in zwei Klassen eingeteilt werden. In beiden Klassen hätten die Zahlungen sofort zu beginnen. Die einen würden sich auf volle 58 Jahre erstrecken, die anderen auf 37 Jahre. Die Zahlungen der letzteren würden keiner Beschränkung unterliegen. Sie würden eine Kapitalzahlung von 1 Milliarde im Jahr darstellen, die kommerzialisiert und in der Form von in 37 Jahren rückzahlbaren Bons übertragen würden. Dieser Teil der Kriegsschuldabgung würde für die unmittelbare Zahlung der Entschädigungen an die alliierten Länder benutzt werden. Frankreich könne innerhalb der Grenzen dieser Summe den Ertrag für seine Ausgaben in den verwüsteten Gebieten erhalten.

## Das Verfassungsprojekt der nationalen Partei.

Bekanntlich können einen Entwurf über die Aenderung der Verfassung nur solche Parteien oder Parteienvereinigungen anmelden, die mindestens 11 Abgeordnete zählen. Der Klub der Nationalen Demokratie hat den Entwurf nicht angemeldet, da er über die notwendige Anzahl von Abgeordneten nicht verfügt. Hingegen hat er seinen Standpunkt in Verfassungsangelegenheiten in einem Beschlusse der „nationalen Partei“ formuliert und denselben in den Parteizeitungen veröffentlicht. Die wichtigsten Bestimmungen des Entwurfes sind folgende:

## Der „Bentov“ über die parlamentarische Lage in Polen.

Der „Bentov“, das Organ der tschechischen Agrarier, schreibt bei einer Besprechung der parlamentarischen Lage in Polen wie folgt:

„Die Opposition will um jeden Preis den Streit zwischen der Regierung und dem Parlamente verschärfen, um dem Marschall Pilsudski Unannehmlichkeiten zu bereiten. Die Opposition will nicht die Regierung stürzen, da sie infolge ihrer

verschiedenen Zusammensetzung außerstande ist, selbst eine Regierung zu bilden, aber sie will die Stellung der Regierung schwächen, damit auf diese Weise die Revision der Verfassung, die bedeutend die Rolle der politischen Parteien herabdrücken würde, zu verhindern. Man kann aber nicht voraussehen, wie sich die Situation klären und wann dies geschehen wird — und Marschall Pilsudski schweigt.“

## In Zatopane durch eine Lawine verschüttet.

Aus Zatopane wird uns gemeldet: Am Sonntag um 10.45 Uhr vormittags sind zwei Skifahrer aus Zatopane, der 19-jährige Tadeus Stasina und Josef Gasienica Koj auf Skiern längst des Waldweges von Kupniowy Uplaz in Telemark hinuntergefahren und haben gegenseitig die Spuren ihrer Skier durchschnitten. Dies hatte zur Folge, daß sich der Schnee auf der Strecke von einem halben Kilometer, 200 Meter breit erschütterte und die Skifahrer mitriß bis in das Lozyskatal. Die niedergehende Lawine wurde von einigen Leuten bemerkt, die sofort die Tatra-Rettungsgesellschaft ver-

ständigten. Sie selbst begaben sich zur Lawine.

Die Hilfeexpedition traf sofort auf dem Unfallort ein und begann in den Schneemassen zu suchen. Sie fand auch den Stasica, der nach großen Mühen das Bewußtsein wiedererlangte. Der andere Skifahrer wurde trotz stundenlangen Suchens nicht gefunden. Es wurde nur ein Ski, ein Stock und Spuren gefrorenen Blutes aufgefunden. Infolge eingetretener Dämmerung mußte die Rettungsaktion auf den nächsten Tag verschoben werden. Es besteht wenig Hoffnung, daß Koj noch am Leben ist.

## Zwanzig Häuser durch Explosion zerstört.

Ein Attentat.

Berlin, 18. März. Wie der „Votalanzeiger“ meldet, wurden in Clairten in den Vereinigten Staaten am Montag früh etwa zwanzig Gebäude durch eine heftige Dynamitexplosion zerstört. Die Trümmer stehen in Flammen. Zwei Familien

sollen unter den Trümmern begraben sein. Die Explosion erfolgte in unmittelbarer Nähe einer Bank und man sah, wie nach der Explosion etwa 6 Männer mit großer Geschwindigkeit in einem Auto flüchteten.

Der Staatspräsident wird von den vereinigten Kammern gewählt und steht als Organ der Nation über der Regierung. Er hat die Aufsicht über deren Tätigkeit. Der Präsident hat das Veto-Recht gegenüber den durch das Parlament beschlossenen Gesetzen, die dann erst rechtskräftig werden, wenn sie mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden.

Es wird ein Verfassungsgerichtshof geschaffen. Der Staatspräsident ernannt drei Mitglieder (darunter den Vorsitzenden) von den neun Mitgliedern desselben.

Es wird ein Staatsrat geschaffen, wobei der Präsident den Präses desselben aus drei Kandidaten wählt, die ihm vom Präsidenten des Obersten Gerichtshofes, dem Präsidenten des Obersten Verwaltungsgerichtshofes und dem Präsidenten der Obersten Kontrollkammer vorgeschlagen werden. Außerdem ernannt der Staatspräsident 30 Mitglieder des Rates auf Grund der Vorschläge des von ihm ernannten Präsidenten des Staatsrates.

Der Verfassungsgerichtshof erteilt Gutachten über die Übereinstimmung der Gesetze und Verordnungen mit den Bestimmungen der Verfassung. Diese Gutachten, die auf Antrag des Sejms, des Senates, des Obersten Gerichtshofes und des Obersten Verwaltungsgerichtshofes oder des Staatsge-

richtshofes erfolgen, haben bindende Kraft. Der Staatsrat ist berufen, Gutachten über Gesetzentwürfe, die dem Sejm vorgelegt werden, und Gutachten über die Dekrete des Staatspräsidenten zu erteilen. Er besteht aus einem Präses und 30 unabsehbaren, ernannten Mitgliedern, welche richterliche Unabhängigkeit haben.

Die Regierung ist dem Sejm verantwortlich, doch wird diese Verantwortlichkeit erschwert.

Ein Mißtrauensvotum muß durch ein Viertel der gesetzlichen Zusammensetzung des Sejms oder Senates beschlossen werden. Es kann erst acht Tage nach Stellung des Antrages beschlossen werden und bedarf die Mehrheit der gesetzlich festgesetzten Zahl der Abgeordneten, bezw. Senatoren. Falls nur die Hälfte der gesetzlichen Anzahl der Abgeordneten, bezw. Senatoren anwesend ist, bedarf der Beschluß einer Mehrheit von drei Fünftel der anwesenden Abgeordneten, bezw. Senatoren.

Der Senat hat die gleichen Rechte, wie der Sejm, nur das Budgetpräliminar muß zuerst dem Sejm vorgelegt werden. Das Wahlrecht in den Sejm wird von dem beendigten 24. Lebensjahr, das in den Senat von dem 30. Lebensjahr abhängig gemacht. Aktive Militärpersonen haben kein aktives

Wahlrecht. Die Grundsätze, die die nationale Partei veröffentlicht, sehen ohne nähere Bezeichnung vor, daß in gewissen Fällen der Grundſatz der Proportionalität einzuschränken oder aufzuheben ist, die Zahl der Abgeordneten herabgesetzt und bezüglich der Mandatszahl verschiedene Wahlkreise geschaffen werden, wobei die wirtschaftlichen und kulturellen Unterschiede zwischen den verschiedenen Gebieten des Staates und die polnischen Vertretungen in den Grenzgebieten berücksichtigt werden müssen.

Der Senat besteht aus der Hälfte auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes gewählter Senatoren, ein Viertel der Senatoren wird auf Grund des Intelligenzensus (zumindest Mittelschulbildung), ein Viertel der Senatoren wird von den öffentlich-rechtlichen wirtschaftlichen Vereinigungen gewählt. Außerdem sollen in den Senat sechs Vertreter des polnischen Episkopates und drei Vertreter der zahlreichsten nichtkatholischen Bekenntnisse berufen werden.

Bei einer Verletzung des Gelöbnisses seitens eines Abgeordneten oder Senators, was auf Antrag des Marshalls der entsprechenden Kammer der Oberste Gerichtshof feststellt, verliert der Abgeordnete, bezw. der Senator sein Mandat.

Außerdem formulieren die verlaublichen Grundsätze das Budgetrecht, besprechen im Einklange mit dem bestehenden Zivilrechte das Privateigentum, die Verantwortung des Staates für Schäden, die aus der Tätigkeit der Behörden entstanden sind, und beschränken die Verfehrbarkeit der Richter und deren Suspendierung im Falle einer Auflösung von Gerichten und Verringerung der Stellen.

## Die Gewerkschaften in Polen.

Unlängst veröffentlichte das Ministerium für Arbeit und Wohlfahrtssorge in Warschau einen Bericht über den Stand der beruflichen Gewerkschaften in Polen. Nach diesem Bericht steigt die Zahl der beruflich organisierten Arbeiter dauernd, während die Zahl der organisierten Beamten gefallen ist.

Laut dieses Berichtes ist die Zahl der organisierten Arbeiter im Jahre 1927 auf 675.000 gestiegen. Das ist im Verhältnis zum Jahre 1926 ein Zuwachs von 41.000. Die Zahl der organisierten Arbeiter, die den vollen Beitrag entrichten beträgt 484.000.

Am größten war der Zuwachs von 1925 bis 1927 in den Klassengewerkschaften. Der Prozentsatz ist von 38,8 Prozent auf 45,2 Prozent aller organisierten Arbeiter gestiegen. Am meisten hat die Klassenkampfgewerkschaft der Textilarbeiter gewonnen, die ihre Mitgliederzahl verdreifacht hat. Starke Zuwächse haben auch die Klassengewerkschaften der Metallarbeiter und Bergarbeiter aufzuweisen.

Die Z. Z. P. hat nach dem Bericht in ganz Polen 25 Prozent Anteil an den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern. Bei dieser Organisation ist ein Stillstand eingetreten und hat sie keinen Zuwachs aufzuweisen. Der Anteil der Z. Z. P. betrug im Jahre 1926 25,9 Prozent, im Jahre 1927 25,3 Prozent.

Große Verluste haben die christlichen Gewerkschaften aufzuweisen. Sie sind von 16,8 Prozent auf 10,5 Prozent Anteil der Gesamtorganisierten gesunken.

Gleichzeitig meldet der Bericht, daß die Beitragssummen um 28 Prozent gestiegen sind, während die Ausgaben sich um 22 Prozent erhöht haben. Weiter haben auch die deutschen Gewerkschaften in Oberschlesien nach obigen Bericht verloren, trotzdem sie Geldunterstützungen an die Mitglieder zahlen.

Der Bericht stellt außerdem fest, daß nur die Klassenkampfgewerkschaften bedeutende Summen für Streikunterstützungen ausgezahlt haben.

## Ministerrat.

Am Samstag hat unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Bartel eine Ministerratsitzung stattgefunden, bei welcher eine Reihe laufender Staatsangelegenheiten erledigt worden ist. Unter anderem hat der Ministerrat den Entwurf des Gesetzes über den Schutz der psychisch kranken Personen, den Entwurf eines Gesetzes, das Änderungen und Ergänzungen zum Gesetze über die Versorgung der Kriegsinvaliden und ihrer Familie einführt und eine Reihe von Ratifikationsgesetzen erledigt.

## Großer Kongreß der P. O. W. in Warschau

### Polnische Militärorganisation.

Am Sonntag haben die Beratungen des zweiten Kongresses der P. O. W. (polnische Militärorganisation) im großen Ballsaale des Generalinspektorates der Armee begonnen.

Schon eine halbe Stunde vor Beginn der Verhandlungen war der große Saal bis auf das letzte Plätzchen gefüllt. In erster Reihe nahmen Platz General Rydz-Śmigły, General Krot-Paszkowski, General Kubicki, General Boncza-Uzdowski, General Stachiewicz, General Fabrycz, Minister Oberst Miedziński, Minister General Sławoj Skłodowski, der Präses des P. O. W. Klub Oberst Slawek, der Schriftsteller Wenzel Siemowicz und viele andere.

Um 12.30 Uhr erschien der Staatspräsident, bei dessen Erscheinen die Nationalhymne ertönte.

Nach der Eröffnung des Kongresses durch den Präsidenten der P. O. W. Ing. Johann Pachowski, der den Staatspräsidenten begrüßte, ergriff das Wort General Rydz-Śmigły, der als Ehrenpräsidenten den Oberst Slawek und den Schriftsteller Siemowicz, als Vorsitzenden den General Stachiewicz, als Stellvertreter des Vorsitzenden den Abgeordneten Major Kosciakowski, als Mitglieder des Präsidiums Johann Jędrzejewicz, Johann Bohowski, Dr. Fichna, General Krot-Paszkowski, Oberst Abgeordneter Adam Roc vorschlug. Die Vorgeschlagnen wurden durch Akklamation gewählt.

Als erster begrüßte den Kongreß Minister Skłodowski, der der Organisation wünschte, daß sie so wie sie um die Erlangung der Unabhängigkeit gekämpft habe, jetzt um die Erhaltung derselben kämpfen möge. General Skłodowski er-

# Die abgetriebenen Donauschiffe wieder eingeholt.

## 13 Schlepper und ein Dampfer untergegangen.

Belgrad, 18. März. Die durch die rasch eingetretene Schneeschmelze aus dem Wintergarten in die Donau abgetriebenen Schiffe konnten zum größten Teil wieder eingeholt werden. Die Rettungsarbeiten wurden auch im Laufe des

Sonntag Vormittag fortgesetzt. Trotzdem sind, wie jetzt festgestellt werden konnte, nicht weniger als 13 Schlepper und ein Dampfschiff untergegangen.

# Der Tag in Polen.

## Doppelmord im Krankenhaus.

Warschau, 18. März. In einem Krankenhaus in der Warschauer Vorstadt Praga ereignete sich am Sonntag ein aufsehenerregender Zwischenfall. Während der Besuchszeit erschienen in der Frauenabteilung drei Männer, die mit einem gewissen, in den Verbrechertreibern bekannten Brzezinski sprechen wollten, der am Bett seiner kranken Mutter saß. Als Brzezinski die drei Leute erblickte, erblickte er und weigerte sich, ihnen zu folgen. Zwei der Eindringlinge zogen darauf Revolver aus der Tasche. Als Brzezinski das sah, griff er gleichfalls zur Waffe und streckte beide durch rasch aufeinanderfolgende Schüsse nieder. Der dritte Einbrecher, der an der

Tür stehen blieb, konnte sich im letzten Augenblick vor den ihm gleichfalls nachgesandten Schüssen retten. Brzezinski wurde sofort verhaftet.

Die Untersuchung ergab, daß es sich um den Kampf zwischen zwei Einbrecherbanden handelte. Der Kampf zwischen beiden Banden war dadurch entstanden, daß Brzezinski vor einigen Monaten von einem jungen, aus Krakau hierher geflohenen Defraudanten unter der Vorpiegelung, daß er Agent der Geheimpolizei sei, 170 Dollar erpreßt hatte. Das Haupt der Einbrecherbande hat den bestohlenen Dieb unter seinen Schutz genommen.

## Marshall Piłsudski Ehrenbürger von Nowogrodek.

Der Gemeinderat von Nowogrodek hat den Marshall Piłsudski zum Ehrenbürger der Stadt Nowogrodek ernannt.

## Protest des Syndikates der polnischen Journalisten gegen das Vorgehen der russischen Grenzbehörden.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, war die Frau des Moskauer „Pat“-Korrespondenten Gegenstand einer überaus peinlichen Untersuchung an der russischen Grenze. Das Syndikat polnischer Journalisten hat nun bei einer besonders zu diesem Zwecke einberufenen Sitzung folgenden Protest beschlossen:

„Am Samstag, den 16. d. M. brachte die polnische Presse die Nachricht von einem unerhört brutalen Vorgehen bei der persönlichen Revision durch die Behörden G. P. U. der Sowjets (Grenzwache) in der Station Niedorieloje der Frau Stephanie Stola gegenüber, der Gemahlin des Korrespondenten der polnischen Telegraphenagentur in Moskau, eines Mitgliedes der Journalistenorganisation in Polen. Die Verwaltung des Syndikates polnischer Journalisten sieht in dem Vorfall die Anwendung von Methoden aus den ärgsten zaristischen Zeiten, drückt infolge dessen ihre Empörung aus und verlangt entschieden, daß die berufenen Faktoren der Geschädigten volle Genugtuung leisten.“

klärte, daß der Marshall beim Kampfe um die Unabhängigkeit Zangen benützte und die Arme dieser Zangen waren die P. O. W. und die Legionen.

Dann begrüßte die Versammlung der gewesene Kommandant der P. O. W., während der Gefangenschaft Piłsudskis in Magdeburg, General Rydz-Śmigły, der die P. O. W. und die Legionen mit zwei Strömen verglich, von denen der eine oberhalb, der andere unterhalb der Erde flossen. Diese beiden Ströme haben sich gegenseitig gestärkt und jetzt fließen beide oberhalb der Erde und sind die Triebkraft in Polen. General Rydz-Śmigły schloß seine Rede mit den Worten: „Ich glaube, daß Ihr aus den Schöpfern des Lebens nicht wollt jene werden, die das Leben verachtet.“

Dann sprachen der Präses des Verbandes der Legionäre Oberst Slawek und andere Vertreter von Organisationen und Vereinigungen. Schließlich hielt Oberst Roc einen Vortrag über das Thema: „Die P. O. W. in der Zeit des Kampfes um die Unabhängigkeit und jetzt“.

Nach dem Vortrage verließ der Staatspräsident, enthusiastisch verabschiedet, den Saal. Nach einem Referat über Organisationsfragen Dolanowskis vertagte der Vorsitzende die Beratungen auf Nachmittag und die Teilnehmer begaben sich in corpore zum Grabe des Unbekannten Soldaten.

Um 8 Uhr abends fand ein Rout statt.

## Abberufung des rumänischen Gesandten Davilla aus Warschau.

Der bisherige Gesandte Rumaniens in Polen Davilla wurde zum bevollmächtigten Minister und Gesandten in Washington ernannt. Er wird noch auf einige Tage nach Warschau kommen, um dem Staatspräsidenten sein Abberufungsschreiben zu überreichen.

## Vertreibung von Juden aus Sowjetrußland.

Immer öfter wiederholen sich Fälle von Vertreibungen jüdischer Familien aus Rußland. Wie aus Wilna gemeldet wird, wurden wieder zwei jüdische Familien an der polnischen Grenze angefißelt.

## Kongreß jüdischer Kriegsteilnehmer.

In Warschau hat ein Kongreß jüdischer Kriegsteilnehmer stattgefunden, die an dem Kampfe um die Unabhängigkeit Polens mitgewirkt haben. Nach der Eröffnung durch den Oberstleutnant Heinrich Goldmann sprachen noch andere Redner über die Notwendigkeit der Schaffung einer gemeinsamen Organisation aller gewesenen Teilnehmer an dem Kampfe um Polens Unabhängigkeit, um die Idee der Annäherung der jüdischen und polnischen Bevölkerung und der militärischen Vorbereitung der Bevölkerung zu propagieren.

## Blutige Familientragödie in Tomaszów

Piotrków, 18. März. In Tomaszów Mazowiecki spielte sich eine blutige Familientragödie ab. Beim Polizeikommissariate stellte sich in sehr nervösem Zustande Anton Mirowski und meldete, daß sein Bruder im Zorne seine Frau ermordet habe, indem er ihr mit einem Rasiermesser die Kehle durchschnitten und dann selbst sich durch Austrinken einer größeren Dose Jodins vergiftet habe. Die Polizei begab sich mit Mirowski auf den Tatort, wo sich ihr ein grauenhafter Anblick bot. Auf einem Bette lag die Frau mit durchschnittener Kehle und gab noch schwache Lebenszeichen, auf dem anderen Bette lag der Mann, der sich unter gräßlichen Schmerzen wand. Beide Unglücklichen wurden in das Spital übergeführt, wo sie mit dem Tode kämpften.

## Neue Spannung zwischen Moskau und Riga wegen der Rigaer Kommunisten-Verhaftungen.

Rowno, 18. März. Wie aus Moskau gemeldet wird, haben die neuen Verhaftungen Angestellter russischer Handelsunternehmungen in Riga zu einer neuen Spannung zwischen Moskau und Riga geführt. Ein russisches Blatt griff die lettlandische Regierung an und behauptet, sie gehe denselben Weg, den die englische Regierung gegangen sei. Das Blatt mahnt die lettlandische Regierung vor einer solchen Politik. Der russische lettlandische Handelsvertrag werde durch dieses Vorgehen ernstlich bedroht.

## Wer an Beleuchtung spart, der spart an falscher Stelle, denn gutes helles Licht ist guter Arbeit Quelle.

## Selbstmord eines Eisenbahnaspiranten.

Der absolvierte Jurist und Eisenbahnaspirant Ludwig Droste in Jaroslau, der infolge eines Brustleidens, das er sich bei der Verteidigung Lembergs zugezogen hat, schwer litt, hat Selbstmord begangen.

## Kinobrand.

5 Tote, 17 Schwerverletzte.

Tokio, 18. März. In Wusung kam ein Kinobrand zum Ausbruch, der das ganze Kino einscherte. Bis jetzt wurden fünf Tote und siebzehn Schwerverletzte geborgen.

ZNKOMITA  
WODA KOLONSKA  
MAJOLA

# Versöhnung, Sicherheit und Abrüstung.

## Hervorragende englische Stimmen zur bevorstehenden Sicherheitskonferenz.

Die bevorstehende Sicherheits- und Abrüstungskonferenz, die demnächst in Genf zusammentreten soll, wirft bereits ihre Schatten voraus. Die Welt- presse befaßt sich immer mehr mit den Problemen, welche von der Konferenz erörtert werden sollen. So bringt z. B. „Das neue Europa“ in der März- ausgabe drei Beiträge von drei Mitgliedern des englischen House of Lords, die zu den prominentesten u. auf diesem Gebiete erfahrungsreichsten Poli- tikern Großbritanniens zählen. Wir lassen nach- einander die drei Beiträge folgen:

### Geist der Versöhnung und Abrüstung

Lord Ullswater, Mitglied des englischen Oberhauses. Nach meinem Dafürhalten hat der Völkerbund noch nicht jene Stellung erreicht, die ihn befähigen würde, eine allgemeine Abrüstung in die Wege zu leiten; dieses große Werk kann nur durch einen großen Aufwand an Zeit, Takt und Ausdauer vollbracht werden. Die Interessen aller be- züglicher Staaten sind so mannigfaltig, kompliziert und diver- gent, daß eine Lösung der Schwierigkeiten kaum von der na- hen Zukunft zu erwarten ist. Die Schmerzen und Wunden, die der letzte Krieg geschlagen, bedürfen einer langen Zeit zur Verhärtsung und Heilung. — Ich gebe zu, daß das Wirken des Völkerbundes den Boden vorbereitet. Es scheint mir, daß zunächst ein echter und aufrichtiger Geist der Versöhnung und der Freundschaft erreicht werden muß, und daß bis dahin Verträge, Konventionen, Verabredungen keine einschneidende Bedeutung haben, obschon ihnen ein gewisser Wert nicht ab- zusprechen ist. Der versöhnliche Geist muß dem Abrüstungs- verträge vorausgehen und nicht umgekehrt. Es ist gewiß die Pflicht ebensoviel wie das Interesse aller Staatsmänner und aller den Frieden erstrebender Poli- tiker, die Liga in jeglicher Art zu unterstützen; wenn die Zeit fortschreitet und die Anstrengungen des Völkerbundes, den Frieden zu erhalten, in konkreten Fällen als erfolgreich an- erkannt sein werden, dann werden alle Völker ein volleres Vertrauen in die Liga setzen, und in der öffentlichen Mei- nung jeglichen Landes wird ein glühender Wunsch wach werden, ihren Beschlüssen zur Durchführung zu verhelfen.

### Eliminierung des Krieges als Instrument nationaler Politik.

Lord Newton, Mitglied des englischen Oberhauses, ehe- maliger Unterstaatssekretär. Die Abrüstungsfrage ist abhängig von der vorherigen Festsetzung friedlicher Ausgleichsmodalitäten oder der tat- sächlichen Erfüllung solcher Verträge, wie des Pariser Pakts oder jener von Locarno. Das Abrüstungsproblem kann nicht abseits von den politischen Rüstungsbräuchen gelöst werden. Die Existenz des Völkerbundes ist selber der stärkste Einzel- faktor in der Eliminierung übermäßiger Rüstungen. Die an- deren Verträge arbeiten alle parallel zum Uebereinkommen in dieser allgemeinen Richtung. Im Verhältnis zu ihrer er- folgreichen Wirksamkeit wird das technische Abrüstungspro- blem seine Lösung finden. Die Tätigkeit des Völkerbundes in der Vergangenheit hat den Boden für die Erreichung der Ab- rüstung vorbereitet.

Für die Versöhnungs- und Schiedsgerichts-Verträge sind von größter Wichtigkeit: Der Völkerbundvertrag selber, die Verträge von Locarno und der Pariser Pakt; die gegen- wärtig in Unterhandlung befindlichen Verträge zwischen der amerikanischen Regierung und anderen Regierungen betreffs Entwicklung des Artikels 2 des Pariser Vertrages sowie die Havana-Konferenz verfolgen die Ergänzung und Ausgestal- tung dieser Pakte und Verträge. Die Abrüstung ist nicht die wesentlichste und dringendste Bedingung des dauernden Frie- dens, doch weil sie nicht für sich selbst allein existiert, kann sie nicht von der Entfaltung der Weltstruktur friedlicher Bezie- hungen getrennt werden. Das Dringendste ist die Eliminie- rung des Krieges als Instrument nationaler Politik und die Annahme friedlicher Vergleichsmodalitäten an Stelle des Krieges. Sind diese aufrichtig in Wirksamkeit, dann wird die Abrüstung zu einem Problem von sekundärer Bedeutung.

### Zur Frage der Abrüstung.

Lord Sydenham of Combe, Mitglied des Hauses der Lords, ehemaliger Gouverneur in Indien. Der Artikel fünf des Völkerbund-Vertrages, der in sehr unglücklicher Weise in den Versailler Vertrag einverleibt wurde, beauftragt die Ratversammlung „Pläne zu formulieren“ für die Reduktion nationaler Rüstung auf jenen nied- rigsten Punkt, der mit der nationalen Sicherheit noch verträglich ist. Eine „Vorbereitende Kommission wurde daraufhin eingesetzt, die extensive akademische Studien machte. Keine Verabredung ist je zustande gekommen, wie die „nationalen Rüstungen“ zu schätzen seien, und keine sich selbst respektie- rende Nation wird zugestehen, daß andere ihre Rüstungen oder den Zustand der „Sicherheit“ bestimmen sollen. Ueber- dies ist eine beträchtliche Reduktion der Rüstungen in Europa schon deshalb nicht möglich, weil eine enorme rote Armee — die von einer Kamavilla kontrolliert wird, die entschlossen ist, Revolutionen in allen Ländern hervorzurufen — existiert. Es ist die ganz naturgemäße Folge, daß, während die Flotten- mächte abseits vom Völkerbund, zu Washington 1921 eine

Vereinbarung treffen konnten, gewisse Einschränkungen der Schlachtschiffe usw. durchzuführen, zu Genf kein Fortschritt erzielt wurde. Andererseits hat die Erörterung der allgemei- nen Frage viel Gereiztheit und eine verbitterte Kontroverse hervorgerufen. Groß-Britannien, Frankreich, die Vereinigten Staaten haben erhebliche Reduktionen eingeführt; unsere mi- litärischen Kräfte wurden in einem Ausmaß reduziert, den ich als unserer Sicherheit adäquat betrachte, auch die französische Armee wurde wesentlich reduziert. Die Vereinigten Staaten und wir selber haben eine große Tonnage von Kriegsschiffen abgeschrieben und unser Flottenpersonal ist von 146.047 im Juli 1914 auf 101.354 in diesem Jahre gefallen, während das der Vereinigten Staaten im selben Zeitraum von 67.255 auf 113.655 gestiegen ist und gegenwärtig das höchste in der Welt darstellt. Wenn Lloyd George im Gegensatz zu dieser Angabe behauptet, daß „die Rüstungen ständig wachsen“ und daß Eu- ropa durch einen neuerlichen großen Krieg bedroht ist, so will er offenbar dahin verstanden werden, daß alles anders wäre, wenn die Macht in seiner Hand läge; denn beide Behauptun- gen sind unrichtig. Der Locarno- und wie der Kellogg-Pakt, die er bespöttelt, stellen Schritte in der Richtung des Schuf- friedens dar, wenn auch gegenwärtig ihnen noch nicht voll vertraut wird. Begründeterweise brauche ich nicht zu erklä- ren, daß die Gefahr von Revolutionen größer ist, als die Ge- fahr von Kriegen. Die Theorie, daß wenn die Nationen die Beibehaltung der Rüstungen als für ihre Sicherheit wesent- lich betrachten, ein Krieg notwendigweiser entstehen müsse, ist falsch. Die Menschen glauben, daß die Rüstungen reduziert werden können, wenn die Sicherheit durch Verträge und das Schiedsgericht garantiert wäre. Dieser Prozeß benötigt aber immerhin Zeit und es sollte zu den wichtigsten Angelegenhei- ten der Politik und Regierungskunst gehören, Anlässe zu ge-

Laffitte ist in Frankreich ein Name von bestem Klang. Laffitte hieß der geachtete Finanzmann unter Ludwig Philipp, von dem die hübsche Anekdote erzählt wird, er sei als bettel- armer Junge nach Paris gekommen, einem Großkaufmann auf gefallen, als er sorgsam eine auf dem Wege liegende Nadel aufhob und verwahrte; dieser Kaufmann habe ihn dann angestellt und hochgebracht. Die nach diesem Bankier benannte Rue Laffitte in Paris hat Weltrauf, da in ihr die Firma Rothschild ihre Büros hat; Maisons Laffitte ist als klassisches Kenn- und Trainingszentrum sogar über die eigentlichen Kurkreise hinaus bekannt, und Chateau Laffitte gilt überall, wo man Edelwein zu schätzen weiß, als eine der erlesensten Marken des segneten Weinlandes von Bor- deaux. Aber der Laffitte, auf den sich die Aufmerksamkeit seit einigen Tagen richtet, kann nicht mit solchen erhabenden Erinnerungen in Verbindung gebracht werden. Er gehört vielmehr zu jener Kategorie von Weltkloppererscheinungen, der Behörden und Kriminalisten ihr ganz besonderes Interesse zuwenden.

Noch liegt viel Dunkel über die Anfänge und Abenteuer dieses Herrn Ferdinand Laffitte gebreitet, der die Po- lizei auf beiden Seiten des Atlantischen Ozeans mit der Mär von den auf der Ueberfahrt aus New York oder bei der Landung in Frankreich abhanden gekommenen Tintoretos und Murillos in Aufregung versetzte. Aber was an das Tageslicht gezerrt worden ist, genügt schon, um diesen stattlichen Herrn als hochinteressante Persön- lichkeit zu kennzeichnen. Man hat seine Erdenlaufbahn bis auf jene Zeit zurückverfolgen können, als er in den Gefilden der Pariser Vorstadt Montmartre die

Kämpfe zwischen den Apachenhäuptlingen Lecca und Mandó um den Besitz der berühmten „casque d'or“, der goldbehelmteten Nachtwandlerin, toben. Darüber ist nun weit über ein Vierteljahrhundert verflossen, und aus dem ehemaligen Adjutanten des im Straßentampfe gegen seinen Rivalen Lecca gefallenen Mandas hat sich alles nur Erdenkliche im Laufe der Zei- ten entwickelt. Stark und gut gewachsen, mit angeneh- men Zügen und auch, wenn es sein mußte, mit netten Manieren, war Ferdinand Laffitte bald Lastenträger in den Markthallen, bald Herkules auf den Jahrmärkten, bald — guter Freund begehrter Damen. Bei diesem Wechsel der Lebensweise blieben ihm Prüfungen und Enttäuschungen nicht erspart, von denen Narben und Wunden — eine Kugel konnte noch immer nicht aus seinem rechten Bein entfernt werden — und Einzel- nungen im Strafregister dauerndes Zeugnis ablegen.

Ein glücklicher Zufall führte ihn in einer lustigen Nacht Fräulein Chardonnet in den Weg. Diese in der Lebewelt best notierte Dame fand Gefallen an dem schönen Ferdinand und tat sich mit ihm zusammen. Natürlich ohne gesetzliche Bindung. Und nun eröffneten sich Herrn Laffitte die glän- zendsten Aussichten. Er lebte als vornehmer Clubmann in den besten Kreisen, während Fräulein Chardonnet ihre Wege zur Bestreitung der gemeinsamen großen Lebensbedürfnisse ging. Auf diesen eigenen Wegen lernte sie auch den Infan- ten von Spanien, Antoine d'Orleans, kennen und wurde so- zusagen seine morganatische Gattin. Aus dieser auch schon Jahre zurückliegenden Epoche werden mehrere etwas gewag- te Versuche Herrn Laffittes berichtet, sich mit Fräulein Char-

genseitiger Gereiztheit zu vermeiden und das allgemeine Ver- trauen zu fördern. Das größte Hindernis der Friedenspsy- chologie, die wir alle wünschen, entsteht durch einen Teil der Presse, die in der Weise operiert, daß sie die Welt aufregt und reizt.

Es ergibt sich daraus die Forderung, daß der Völkerbund die Abrüstungsbemühungen, die sich bisher als ganz erfolglos erwiesen haben, auf eine günstigere Zeit — die, wie ich glau- be, in der Zukunft beschieden sein wird — aufschieben sollte.

### Abrüstung und Völkerbund.

Dr. James T. S h o t w e l l, Director of the Division of Eco- nomic and History of the Carnegie Endowment.

Die Frage der Abrüstung ist von den vorausgegangenen Friedensbestimmungen oder von der praktischen Erfüllung von Verträgen, wie des Pariser Vertrages oder jener von Lo- carno, abhängig. Das Problem der Abrüstung kann nicht ge- trennt von dem politischen Gebrauch der Abrüstung gelöst werden. Die Existenz des Völkerbundes an sich ist der einzige starke Faktor, um ausgebehnte Rüstungen hintanzuhalten. Die anderen dem Bündnis analogen Verträge arbeiten alle in dieser gemeinsamen Richtung. Im Verhältnis zu ihrer an- erkannten Wirkungskraft wird das technische Problem der Abrüstung seine Lösung finden.

Die schon geleistete Arbeit des Völkerbundes hat den Boden vorbereitet, um das obengenannte Ziel zu erreichen.

Die wichtigsten Schlichtungs- und Schiedsverträge sind der feierliche Völkerbund selbst, die Verträge von Locarno, der Vertrag von Paris und die Verträge, über welche jetzt die Verhandlungen zwischen der amerikanischen Regierung und anderen Regierungen betreffs Artikel 2 des Pariser Ver- trages und der Havana-Konferenz geführt werden.

Die Abrüstung ist nicht die wesentlichste und dringendste Bedingung für einen dauernden Frieden, aber weil sie nicht für sich allein Existenzberechtigung hat, kann sie von der Ent- wicklung der Weltstruktur und ihren friedlichen Beziehungen nicht getrennt werden. Das dringendste ist die Ausmerzung des Krieges als Werkzeug der Nationalpolitik und statt dessen die Anerkennung friedlicher Beilegungsmittel. Wenn diese Gedanken ehrlich in Wirklichkeit umgesetzt werden, so kommt die Abrüstung erst in zweiter Reihe.

# Vom Apachen zum Kunsthändler.

bonnett wegen der vereinbarten „Subsidien“ auseinander- zusehen. So plünderte er die „Freundin“ des Prinzen eines Tages in Matland unter der Drohung eines Revolv- ers nach allen Regeln der Kunst aus. Vorher hatte er schon mit einem Untersuchungsrichter einen derartigen Auftritt gehabt, wo er aber schlechter abschloß, und dann soll er auch — aber darüber hat sich der Zeiten Schleier gebreitet — einen italienischen Tänzer erschossen haben.

Mit einer solchen Vergangenheit belastet, hätte Herr Ferdinand Laffitte eigentlich wohl doch besser getan, die Aufmerksamkeit nicht durch die Räuber- und Diebstahl- geschichte von den ab- handlen gekommenen Tintoretos und Murillos auf sich zu ziehen. Diese wird immer verwickelter... oder eigentlich immer klarer. Laffitte hatte die „Meisterwerke“ bekanntlich nach Amerika verschickt, will aber dort keine Liebhaber für diese auf zweieinhalb Millionen Franken versicherten Ge- mälde gefunden haben, und ließ sie deshalb zurückkommen. Auf dem Bahnhof von Le Havre soll die Kiste, in der sie verpackt waren, verschwunden sein. Sie wurde aber auf einer Straßenschildung wiedergefunden. Die nach ihrer Def- nung ans Licht gezogenen Tintoretos und Murillos wurden indessen von einwandfreien Sachverständigen nicht einmal als annehmbare Kopien, sondern rundweg

### als gemeine Subleien gewertet.

Unmöglich kann dieses Farbenschmieren in Amerika als Malerei, noch dazu von allereiften Künstlern ausboten worden sein. Fräulein Chardonnet versichert überdies, daß die Murillos und Tintoretos, die sie von dem Infanten von Spanien geerbt hatte, — denn diese sind es, mit denen sich Herr Laffitte als Kunsthändler aufgetan hat, indem er die Aktiva der Gütergemeinschaft mit seiner ehemaligen Ge- liebten einfach einbehielt, — keineswegs mit den wiederanf- gefundenen angeblichen Rücksendungen aus Amerika über- einstimmten. Also schließt man bereits, daß Laffitte mit seinem gleichfalls festgenommenen Spießgesellen Schrob einen großen Versicherungsschwindel ins Werk gesetzt hat, der jedoch mißglückt ist. Nun erwachsen der Polizei und der Justiz die nicht leicht zu bewältigenden Aufgaben, erstens zu ermitteln, wie diese Versicherung überhaupt zustande gekommen ist, zweitens, wie der Diebstahl der Kiste ausgeführt wurde, ferner wie diese auf die Schildung, wo sie gefunden wurde, gekommen ist, drittens was aus den richtigen oder doch we- nigstens als echt geltenden Tintoretos und Murillos aus dem Nachlasse des Infanten von Spanien geworden ist.

Da Fräulein Chardonnet eine Zivilklage gegen Laffitte, der ihr schon nach ihren Versicherungen fünf Millionen Fran- ken abgepreßt hat, auf die ihr zustehenden Beträge aus der Gütergemeinschaft angestrengt hat, die der selbstbewußte Fer- dinand für sich behielt, werden die Verhandlungen vielleicht wünschenswerte Aufklärungen bringen. Inzwischen ist man auf das Herumraten angewiesen... Natürlich werden da auch schon politische Anspielungen gemacht. Laffitte dankt seine lange Straflosigkeit nur ihn beschützenden hochgestellten Personen, die ihn für gewisse Zwecke verwendet hätten, und was dergleichen beliebte Aufstellungen mehr sind. Das ver- dient keine ernsthafte Beachtung... aber es beweist jedenfalls wie diese Abenteuer- und Diebstahl- geschichte mit zahlreichen Kapiteln die Meinung beschäftigt, übrigens vielmehr belustigt, als etwa in Aufregung versetzt. Fl.





# Volkswirtschaft.

## Polnisch-russisches Kompensationsabkommen.

In der allernächsten Zeit soll zwischen sowjetrussischen Wirtschaftsorganisationen und polnischen Exporteuren eine Transaktion auf die Summe von 700.000 Zloty abgeschlossen werden. Für polnische Textilwaren soll russischer Tabak geliefert werden.

## Deutsche Einfuhrzölle für polnische Kartoffeln.

Der deutsche Zolltarif sieht für die Einfuhr von frischen Kartoffeln aus Polen folgende Zollsätze vor: in der Zeit vom 15. Februar bis 31. Juli je 100 Kg. 5 Reichsmark, in der Zeit vom 1. August bis 14. Februar 2 Reichsmark.

## Polnische Ausfuhrprämien für Textilmaschinen.

Die polnischen Ausfuhrprämien für Textilmaschinen gelten mit rückwirkender Kraft vom 6. Dezember 1928 der erschienenen Verordnung des Finanzministers hinsichtlich der in der kürzlich mitgeteilten Verordnung genannten Maschinenteile nur soweit, als diese Teile in den vom Finanzminister genehmigten Katalogen der beteiligten Exportfirmen aufgeführt sind. Zur Zollabfertigung bei der Ausfuhr von Textilmaschinen und Teilen (nach Position 167, Punkt 22 bis 25 des Zolltarifs), sowie zur Ausstellung von Bescheinigungen, auf Grund deren die Importzölle für die bei der Herstellung dieser Maschinen verwendeten Materialien (in Höhe von 29 Zloty je 1000 kg) vergütet werden, ist das Zollamt in Bielsko ermächtigt worden.

## Sammelvertrag in der Seidenindustrie

In der Lodzer Seidenindustrie hat bisher kein Sammelvertrag bestanden, der die Lohn- und Arbeitsbedingungen geregelt hätte. Daher besitzen nicht alle Webereien eine einheitliche Lohnliste. Jetzt hat sich der Verband der Bandweber, dem die Seidenweber angeschlossen sind, mit dieser Angelegenheit befaßt und beschlossen, Bemühungen zwecks Abschlußes eines Sammelvertrages und Ausarbeitung einer Lohnliste anzustellen, die in allen Seidenfabriken verpflichtend soll. Die

von diesem Beschluß in Kenntnis gesetzten Fabriken, die ihren Arbeitern höhere Löhne gezahlt haben, kündigten diesen und setzten die Löhne herab. Der Verband der Bandweber wandte sich daher an den Arbeitsinspektor, der sich sofort mit dem Landesverband der Textilindustrie zwecks Einberufung einer Konferenz in Verbindung setzte.

## Deutsch-polnische Umsätze in Klee und Hülsenfrüchten.

Franto deutsch-polnische Grenze (Zduny, Rawicz, Leszno) transit mit laufender Lieferung wurden je 100 kg für nachstehende Landwirtschaftsprodukte inkl. Sach folgende Preise gezahlt: Roter Klee, neu, gereinigt 23 Dollar, desgl. Weißklee 29 Dollar, schwedischer Klee desgl. 47 Dollar, prima Viktoriaerbsen 9,25 Dollar, grüne Erbsen, trocken 7,75 Dollar, weiße Bohnen 16 Dollar, Wicken, trocken 5,20 Dollar, Beluschken, trocken 5,10 Dollar, blaue Lupine, gesund, trocken 3,25 Dollar, gelbe Lupine 3,30 Dollar. Die Preistendenz erfährt keine Aenderung. Laut „Agencja Wschodnia“ hat sich das Interesse für Rotklee gesteigert, bei gleichzeitigem Rückgang des Angebots an polnischer Ware, Weiß- und Schwedenklee ist gesucht, jedoch nur soweit, als es sich um ausgesuchte beste Ware handelt. Auch die Nachfrage nach Bohnen war erheblich, das Angebot aber unzureichend.

## Tschechoslowakisch-polnische Landwirtschaftsbesprechungen.

Vor einigen Tagen fanden in Krakau Beratungen der Vertreter der wichtigsten landwirtschaftlichen Organisationen der Tschechoslowakei und Polen statt. Die tschechoslowakische Delegation wurde von Ing. Dr. Felner und Ing. Ferd. Klirnera geführt. Gegenstand der Beratungen bildete die Berechnung der Grundlagen einer Zusammenarbeit der Landwirtschaft beider Länder in wissenschaftlicher, beruflicher und ökonomischer Richtung. Die Konferenz befaßte sich auch mit agrarischen Fragen auf dem internationalen Boden. Der erste Tag der Beratungen war einigen Referaten der zweiten Tag der Besprechung der Anträge und Resolutionen gewidmet, welche von den Referenten der beiden Länder eingebracht worden waren. Nach Abschluß der Beratungen fand zu Ehren der Teilnehmer ein Empfang im Grand Hotel statt. In den gewechselten Trinksprüchen wurde die Freundschaft hervorgehoben, welche die Vertreter der Landwirtschaft Polens und der Tschechoslowakei verknüpft.

## Weitere Zuckerzollerhöhung in Bulgarien.

Durch eine Verordnung des bulgarischen Finanzministers sind der Einfuhrzoll und die Akzise auf Zucker in Bul-

garien soeben um 33 ein Drittel Prozent erhöht worden. Da die diesjährige Zuckerproduktion Bulgariens zur Deckung des inländischen Bedarfes vollkommen ausreicht, dürfte die einzige Wirkung dieser Maßnahme in einer Erhöhung des heimischen Zuckerpreises bestehen, wovon durch die Akzise der Staat und durch den Zoll die bulgarischen Zuckerfabriken profitieren werden. Die auf diese Weise vermehrten Einnahmen der Fabriken aus dem bulgarischen Zuckerexport werden eine weitere Herabsetzung der Exportpreise für Zucker ermöglichen. Bisher kostete bulgarischer Inlandszucker rund 21 Lewa pro Kilogramm, Exportzucker dagegen nur 12 bis 13 Lewa.

# Radio.

Dienstag, den 19. März.

**Warschau.** Welle 1415.1: 17.55 Militärisches Fest zu Ehren des Marschalls Pilsudski. 20.15 Fortsetzung der Festübertragung.

**Krakau.** Welle 314.1: 17.55—18.50 Konzertübertragung aus Warschau. 20.15 Übertragung aus Warschau.

**Breslau.** Welle 321.2: 16.30 Unterhaltungskonzert. 20.15 Konzert.

**Berlin.** Welle 475: 18.10 Die Bewährungsfrist und ihr Widerruf. 18.35 Katholische Jugend in unserem Volk und unserer Zeit. 19.00 Lebenskunst. 19.30 Die Befreiung von Rundfunk-Empfangsstörungen. 20.00 Abendunterhaltung. 21.00 Dialoge der Weltliteratur.

**Prag.** Welle 343.2: 10.30 Schallplattenmusik. 11.15—12.30 Vormittagskonzert, Ballettmusik. 12.30—13.30 Mittagskonzert. 15.00 Populäres Konzert. 16.30—17.30 Kinderkonzert der tschechischen Philharmonie. 17.30—17.45 Englischer Sprachkurs. 17.45 Deutsche Sendung. Dr. Eugen Resper, Berlin: Automatisierung des Radiempfanges. 19.05 Blasmusik. 20.00 Jurists heiteres Stündchen. 21.00 Unterhaltungsmusik. 22.20—23.20 Schallplattenmusik (Tanzmusik).

**Wien.** Welle 519.9: 11.00 Vormittagsmusik. 16.00 Nachmittagskonzert. 17.30 Musikstunde für Kinder. 17.50 Ueber den Schnupfen. 18.20 und 18.30 Vorträge. 19.10 Französischer Sprachkurs. 19.40 Englischer Sprachkurs. 20.15 „Der Himmel voller Geigen.“ Heitere Bilder und Szenen mit Musik, Gesang und Dialogen aus dem Wiener Leben von früher und heute.

Wir haben 251

# Roggenstroh

drahtgepresst zur prompten und späteren Lieferung zum billigsten Tagespreise stets **abzugeben.** Landw. Zentralgenossenschaft, Spoldz. z ogr. odp., Poznań, Agentur, Katowice, ul. Słowackiego Nr. 10.

## Organisations- und Buchhaltungsbüro S. Sandhaus

gerichtlich beeideten Sachverständigen und Genossenschafts-Revisors für den Genossenschaftsrat des Finanzministeriums.

Kraków, ul. Szujskiego 1.

Telephon Nr. 4704.

Bilanz- und Buchhaltungsrevision. Anfertigung von Bilanzen und Bücher-Abschlüssen, unter Berücksichtigung der neuesten steuergesetzlichen Bestimmungen, periodische und stabile Beaufsichtigung der Buchhaltung, Buchhaltungsanlegungen nach neuesten Methoden, Reorganisation und Regulierung vernachlässigter Buchhaltungen. Büroorganisation.

## „SANRECO“ (Patent)

197

Buchhaltung mit stets fertiger Bilanz sowie statistischen und Kalkulationsdaten. Enorme Zeit- und **Arbeitsersparnis.** — Prospekte auf Verlangen.

## Śląski Urząd Wojewódzki rozpisuje

# Przetarg publiczny

I. na roboty przy budowie szkół techniczno-zawodowych w Katowicach a w szczególności na roboty:

- 1) murarskie
- 2) żel. betonowe
- 3) ciesielskie
- 4) blacharskie
- 5) pokrywcze.

II. na budowę domu mieszkalnego dla dełożowanych.

Warunki przetargu i potrzebne formularze można nabyć — jak długo zapasa starczy — w Wydziale Robót Publicznych (pokój Nr. 23) za opłatą 10 — zł.

Oferty należy wnieść w zalakowanych kopertach do Śląskiego Urzędu Wojewódzkiego do dnia 3 kwietnia br. godz. 10-ta, w którym to dniu nastąpi ich publiczne otwarcie przez Komisję Przetargową.

Wadium wynosi 3% oferowanej kwoty w gotówce, złożone do Kasy Skarbowej w Katowicach względnie zabezpieczenie ustalone w rozporządzeniu Ministerstwa Skarbu z dnia 10. IX. 1927 L. D. O. P. 5284/3.

Oferty wniesione po wyznaczonym terminie, bez wadium, lub nie na oryginalnych formularzach, względnie uzupełniane dopiskami lub z poprawkami nie będą **bezwzględnie** rozpatrywane.

Za Wojewodę:

Inż. Zawadzki m. p.  
Naczelnik Wydziału Robót Publicznych.

306